

Volksmacht

für Schlesien

Anzeigenpreis: Je Zeile für 14 Tage 1,00 Mk., auswärts 2.— Mk. Anzeigen unter Text 1,50 Mk., auswärts 2.— Mk. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellenangebote, Verträge, Besondere Anzeigen und Wohnungsanzeigen 0,70 Mk. Anzeigen pro Wort 0,20 Mk., das feste Wort 1,00 Mk., Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition (Hauptstraße 4/6) sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141. Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Bezugspreis: Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und in die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volksmacht“, Neue Graupenstr. Nr. 5, durch die Zweigstelle, Zigarrenstraße 14, durch die Zweigstelle, Postfach 140, sowie durch alle Ausdräger zu beziehen. Wöchentlich 4,20 Mk., monatlich 12.— Mk., vierteljährlich 36.— Mk., halbjährlich 72.— Mk., jährlich 144.— Mk.

Gegen die ober-schlesische Landesautonomie.

Sozialdemokratie und ober-schlesische Autonomieagitation.

Oberst. früherer Bezirksparteitag.

Die sozialdemokratische Partei Oberschlesiens hat in den Osterfeiertagen in Hindenburg ihren Bezirksparteitag abgehalten, der die zukünftige sozialdemokratische Arbeit im polnischen und deutschen Oberschlesien geklärt hat. Die organisatorische Trennung von den Genossen im polnischen Gebiet ist jetzt durchgeführt, wenn beide Teile der Parteiorganisation auch einstweilen noch beisammen bleiben, so lange es möglich ist. Ueber die Aufgaben der deutschen Sozialdemokratie in der Republik Polen referierte Genosse Kowol-Rattomij, der das Programm aufstellte, die kulturellen Erzeugnisse des deutschen Arbeiters in Polen nicht nur zu erhalten, sondern auch möglichst zu erweitern. Eine nationalitätliche Trennung der Deutschen in Polen lehnte er ab und erklärte die Bereitschaft, allen Bruderparteien in der polnischen Republik die gleiche politische Grundtatsache haben, die Hand im gemeinsamen Kampfe gegen den gemeinsamen Feind zu reichen.

Die Frage der zukünftigen Politik der Sozialdemokratie in Deutsch-Oberschlesien, also vor allem die Stellungnahme zur bündestaatlichen Autonomie-Agitation des Zentrums fanden endgültige Klärung.

Der Bezirksparteitag nahm folgende Entschlüsse hierzu an: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat in ihrem Programm ausdrücklich betont, daß sie den deutschen Einheitsstaat erstrebt, der durch organische Neugliederung geschaffen werden muß.

Die Bundesstaaten entsprechen den demokratischen Zeitbedürfnissen nicht. Sie entstammen der feudalen Zeit und haben sich den veränderten Verhältnissen nicht anpassen können. Ihre Verwaltung ist rückständig geblieben und ein Hemmnis für die Neugliederung des Reiches.

Der Bezirksparteitag lehnt die bundesstaatliche Autonomie für Oberschlesien ab, weil sie einen Rückschritt bedeuten würde. Der neue Bundesstaat wäre ein weiterer Widerstand gegen den Einheitsstaat.

Die Neugliederung des Reiches kann erst dann erfolgen, wenn alle deutschen Landesteile von fremden Besatzungen befreit und fremder Willkür entzogen sind. Erst dann ist das ganze deutsche Volk in der Lage, über seine künftige Verfassung frei und ungehindert zu entscheiden.

Der Bezirksparteitag fordert von den Genossen in den Parlamenten, in der Regierung und Verwaltung, daß sie sich energisch für solche Erweiterung der Provinzialautonomie einsetzen. Den Oberschleslern muß jede Möglichkeit zur Durchsetzung ihrer berechtigten Wünsche gegeben werden. Er erwartet, daß die preussische Regierung nach dem Abzug der Ententebesatzung der ober-schlesischen Bevölkerung das weitestgehende Entgegenkommen zeigen wird.

Eine neue Wendung der Zentrumspolitik.

Wichtig für ein Reichsland Oberschlesien.

In der „Gleiwitzer „Volksstimme“ schreibt der ober-schlesische Zentrumsführer Pfarrer Ullrich, M. d. R., als Antwort auf die sozialdemokratischen Reden und Beschlüsse zur Autonomiefrage:

Auch wir, die wir bei der bevorstehenden Abstimmung für ein selbständiges Land Oberschlesien eintreten werden, erstreben dieses Ziel nicht, um die Bande, die uns mit dem Reich verbinden, zu lockern und auf jedem Gebiete Eigenbrötlei zu treiben. Wir sind nicht partikularistisch. Für uns ist die angeführte Autonomie lediglich Mittel, um die berechtigten Forderungen des ober-schlesischen Volkes nach wahrhaft demokratischer Regierung und Verwaltung und nach gerechter und verständnisvoller Behandlung der Kulturfragen sicher zu stellen. Da wir nach den mit Preußen gemachten Erfahrungen und nach der gegenwärtigen Haltung dieses Staates diese Garantie nicht erwarten können, gibt es für uns nach der Gesetzeslage nur einen einzigen Weg, Bildung eines von Preußen losgelassenen Landes. Wie wir die Angliederung dieses Landes an das Deutsche Reich vorziehen werden, ob in der Form des verfassungsmäßig gegebenen Gliedstaates oder in einer neuen Form, die den eigenartigen Verhältnissen in Oberschlesien Rechnung trägt, das bleibt der Willensentscheidung der nach Bejahung der Autonomiefrage zu bildenden Volksvertretung und dem Reichstag überlassen.

Ohne dieser Willensentscheidung irgendwie vorgreifen zu wollen, möchte ich nur eine Möglichkeit zur Erwägung und Erörterung stellen. Wenn in der Abstimmung die ober-schlesische Bevölkerung sich für ein eigenes Land Oberschlesien ausgesprochen haben wird, dann tritt die nach der Abstimmung zu bildende Volksvertretung zusammen und beantragt nach Sicherstellung möglichst weitgehender Selbstverwaltung und selbständiger Behandlung der Kulturfragen, wie sonst ein selbständiges Land gemäß der Reichsverfassung bestimme, unmittelbar unter die Regierung und Verwaltung des Reiches genommen zu werden. Diese Form der Zugehörigkeit zum Reich wurde schon bei Elsaß-Lothringen gewählt.

Freilich dürfte Oberschlesien nicht wie Elsaß-Lothringen regiert werden, denn Elsaß-Lothringen wurde in Wirklichkeit nicht vom deutschen Reich, sondern als preussisch regiert. Daß bei Oberschlesien eine Ausnahme gemacht wird, dürfte in der Eigenart der Verhältnisse dieses Gebietes und in der innen- und außenpolitischen Wichtigkeit und Tragweite der ober-schlesischen Frage begründet sein. Dafür spricht auch ein Moment, das bislang nicht zu wenig beachtet wird. Für das ober-schlesische Abstimmungsgebiet tritt auf 15 Jahre das Gesetz deutsch-polnische Abkommen in Kraft. Für die Innehaltung desselben ist nicht Preußen, sondern das ganze Reich verantwortlich und auch das

Abkommen selbst wird nicht zwischen Preußen und Polen, sondern zwischen dem deutschen Reich und Polen abgeschlossen werden. Was liegt da näher, als daß das Reich mit der Verantwortung auch die Regierung und Verwaltung dieses Gebietes unmittelbar übernimmt? Die ober-schlesische Frage ist Reichssache im eminentesten Sinne. Diese Gestaltung Oberschlesiens wäre dann nicht ein Rückschritt auf dem Wege der Vereinheitlichung des Reiches, wie Olski meint, sondern ein gewichtiger Schritt vorwärts. Sie dürfte der Förderung des sozialistischen Redners Birnbaum einerseits nach Vereinheitlichung des Reiches, andererseits nach Dezentralisation und Demokratisierung entsprechen. So könnte Oberschlesien die erste Zelle werden für die Neugliederung des Reiches im Sinne der frasserer Zusammenfassung, parlamentarischer Verwaltung und größerer Vereinigung.

Meine Ausführungen über ein Reichsland Oberschlesien bedeuten zunächst nur eine persönliche Anregung, der aber weite Kreise in unserer Partei ihre Sympathie entgegenbringen. Ihre Verwirklichung hängt von der nach der Bejahung der Autonomie zu bildenden Volksvertretung und vom Reichstage ab. Aus der vorstehenden Zeilen zur Erörterung gestellten Modifizierung unseres Autonomiestandpunktes möge man nicht den Schluß ziehen, daß wir uns vor der Bildung eines eigenen Landes bzw. Gliedstaates Oberschlesien fürchten, sondern möge nur erkennen, daß wir nicht an der Form kleben, sondern daß es uns lediglich um die Sache geht.

Nachdem schon der Zentrumsabgeordnete Ehrhardt in der „Schlesischen Volkszeitung“ vorgeschlagen hatte, die Justiz in Oberschlesien dem Reich zu überlassen, und damit zugleich mit der Loslösung des Landes seinen Schritt zur „Verreichung“ zu machen, geht Ullrich hier noch sehr viel weiter. Leider betreffen die Vorschläge, die er macht, durchweg nicht den nächsten Schritt in der ganzen Frage. Zunächst ist es wünschenswert, die Autonomie des Landes sicherzustellen, und nur darüber, was er dann damit anfängt, ist er noch unsicher. Sollte man sich darüber nicht vorher klar zu werden suchen?

Ein halbes Studium.

Am Mittwochabend hat sich der Ausschuss des preussischen Landtages für die Groß-Hamburg-Frage nach Hamburg begeben. Gleichzeitig sind von der preussischen Regierung Ministerpräsident Genosse Braun und Handelsminister Genosse Sternig nach Hamburg abgereist. Der Zweck der Reise ist eine Besichtigung des preussischen Gebietes, das nach dem Wunsch der Hamburger zu Hamburg zugeschlagen werden soll. In der Besichtigung werden auch die Genossen Sudekum und Koste in ihrer Eigenschaft als Staatskommissar für die Groß-Hamburg-Frage bzw. als Oberpräsident der Provinz Hannover teilnehmen. Die Studienfahrt wird wahrscheinlich den Rest der laufenden Woche ausfüllen. Bei unseren Hamburger und Altonaer Parteigenossen erregt es lebhaftes Bestreben, daß die Kommission nur preussisches Gebiet betreten und gewissermaßen ganz von Hamburger Einflüssen ferngehalten, ihre Eindrücke sammeln soll.

Unsicherheit an der Börse.

Die Berliner Börse nimmt die Meldungen über die Bildung einer internationalen Anleihekommission in Paris sehr skeptisch auf. Man ist der Meinung, daß über eine derartige Anleihe erst gesprochen werden kann, wenn Frankreich grundsätzlich bereit ist, das Reparationsproblem auf eine gesunde Grundlage zu stellen. Die Nachrichten hatten auf den hiesigen Devisenmarkt keinen Einfluß. Der Dollar zeigte im Gegenteil ziemlich feste Tendenz. Er erreichte heute eine Höhe von 203. Um die Mittagsstunde wurde der Dollar mit 201 gehandelt. An der Effektenbörse ist das Geschäft sehr still. Man verhält sich angesichts der rasch wechselnden Ereignisse in Genau sehr reserviert. Die Kurse neigen eher nach unten.

Die neue Kohlenpreiserhöhung.

Im Anschluß an die Verhandlungen über die Erhöhung der Löhne der Bergarbeiter fanden im Reichskohlenrat Verhandlungen über eine Erhöhung der Kohlenpreise statt. Die mehrstündigen Beratungen haben folgendes Ergebnis: Für das Ruhrgebiet beträgt die Erhöhung pro Tonne 130,80 Mark, für Acker-schlesien 215,30 Mark und für Sachsen 227,60 Mark. Dazu kommt die Kohlensteuer in Höhe von 40 Prozent und die Umsatzsteuer von 2 Prozent.

Verweigert unnötige Auskünfte!

Die Protokolle über politische Vernehmungen von Angehörigen enthalten unbeachtet aller entgegenstehenden Verfügungen noch immer Rubriken über Glaubensbekenntnis, eheliche oder uneheliche Geburt, Heeresverhältnisse, sowie Orden- und Ehrenzeichen. Alle diese Spalten pflegen sorgfältig ausgefüllt zu werden. So sehr wir es begrüßen, wenn in der Verwaltung Sparlichkeit herrscht und dementsprechend die alten Vorbehalte rasch aufgebraucht werden, so sehr müssen wir uns dagegen wenden, daß auch diese Spalten weiter ausgefüllt werden. Wir machen darauf aufmerksam, daß jedermann berechtigt ist, den Beamten die Auskunft über diese Punkte zu verweigern, und rücht an andere Genossen die Aufforderung, von dieser Erkenntnis als Ausweg verweigerung weitgehender Gebrauch zu machen. Nur auf diese Weise können die Behörden dazu erzwungen werden, schon von der Frage nach den angeführten Umständen Abstand zu nehmen.

Nach der Ueberraschung.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Es wäre unnütz, zu verschweigen, daß die Pöbellichkeit des deutsch-russischen Vertragsabchlusses auch hier allgemein überrascht und in manchen Kreisen Befremden hervorgerufen hat. Natürlich glaubt hier niemand an die Legende von der deutschen Heimtücke, sondern ist jedermann überzeugt, daß es die deutsche Delegation im Punkte der politischen Moral mit jeder anderen getroffen aufnehmen kann. Aber es kommt in dieser bösen Welt nun einmal nicht nur darauf an, was man ist, sondern noch mehr darauf, was man zu sein scheint. Sittliche Entwertung ist eine gefährliche Waffe im politischen Kampf. Jeder Staatsmann wird nach Kräften zu vermeiden suchen, daß sie sich gegen ihn und gegen sein Land entlade. Das Außerachtlassen der in dieser Beziehung nötigen Vorsicht hat Deutschland in früheren Zeiten furchtbaren Schaden gebracht. Dürfte ein solcher Schaden in einer Zeit riskiert werden, in der Deutschland mehr als je zuvor auf die gute Meinung der Welt angewiesen ist? Dürfte man dem gefährlichsten Gegner, dem französischen Imperialismus, der in wachsender Festerung geriet, eine so günstige Gelegenheit zur Verbesserung seiner Stellung bieten, und dürfte man das gerade jetzt tun, wo die Entscheidung über die Reparationen wie ein Damoklesschwert über Deutschland und der ganzen Welt hängt?

Das sind Fragen, die sich jetzt viele Leute hier vorlegen, und es ist nicht leicht, sie zu beantworten. Offenbar glaubten Wirth und Rathenau eine Brückierung der Konferenz riskieren zu müssen, weil sie die Situation die sich bei der Behandlung der russischen Angelegenheit entwickelte, als äußerst gefährlich an sahen und den diplomatischen Durchbruch aus einer drohenden neuen Einkreisung für den letzten taktischen Ausweg hielten. War aber die Situation wirklich so gefährlich? Oder ist es nicht vielleicht nur der Sowjet-Diplomatie gelungen, der deutschen Delegation eine solche Gefahr vorzutäuschen, wo sie in Wirklichkeit gar nicht bestand? Oder sie als größer, unmittelbarer erscheinen zu lassen, als sie in Wirklichkeit war?

Für die Sowjetdiplomatie bedeutet der Abschluß zweifellos eine außerordentliche Stärkung ihrer Stellung gegenüber der Entente. Mit dem deutsch-russischen Vertrag in der Tasche kann sie ganz anders verhandeln, als ohne ihn. Darum hatte sie vor allem das stärkste Interesse daran, einen raschen Abschluß zu erzielen, um mit ihm gegenüber den anderen Verhandlungsteilnehmern aufzutreten zu können. Darum stellte sie die deutsche Delegation in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag vor die Frage: „Wollt Ihr oder wollt Ihr nicht?“ Und da sie wollte, daß Deutschland sofort unterschrieb, stellte sie den Deutschen die Dinge so dar, als ob der Abschluß mit der Entente unmittelbar bevorstände und nur noch sojuzagen fünf Minuten vor zwölf durch einen deutsch-russischen Vertragsabluß verhindert werden könnte.

Es ist ein uralter Händlertrick, demjenigen, den man zum Käufer haben will, eine letzte sich nie wieder bietende Gelegenheit vorzutäuschen. War es am Sonnabend wirklich so weit, daß ohne den deutsch-russischen Vertragsabluß ein Deutschland ungenütiger Abschluß zwischen Rußland und der Entente zu erwarten gewesen wäre? War damals also wirklich die letzte sich bietende Gelegenheit? Dann konnte die deutsche Delegation wohl wirklich nicht anders als zugreifen. Dann liegt der Fehler nicht darin, daß man jetzt unterzeichnet hat, sondern vielmehr darin, daß man es nicht in Vorausicht der kommenden Dinge schon früher getan hat. Darin mußte auch die Brückierung der Konferenz gewagt, die Existenz der Konferenz selbst aufs Spiel gesetzt werden. Es blieb eben nichts anderes übrig! Denn, wenn man auch die materiellen Wirkungen des Artikels 116 von Versailles gleich Null einschätzen mag, weil der Reparationskuchen durch Rußlands Beteiligung an ihm nicht größer, sondern nur die Teile kleiner würden, so wäre doch die politische Bedeutung seiner Anwendung äußerst gefährlich. In dem Augenblick, in dem Rußland Interesse an den deutschen Reparationen wird, wird es auch Mitglied der Entente und ist es mit daran interessiert, daß aus der deutschen Volkswirtschaft das Letzte zur Rettung fremder, kränker Staatsfinanzen herausgeholt wird. Insofern hat ja auch die französische Presse recht, daß der deutsch-russische Vertragsabluß eine Veränderung der weltpolitischen Konstellation be-

Otto Huë.

Nach kurzem, aber schwerem Leiden ist am Dienstag abend Genosse Otto Huë in Eisen verstorben. Am 2. November 1868 wurde er in Hörde in Westfalen geboren. Er besuchte dort die Volksschule und erlernte dann das Schlosserhandwerk. Bis zum Jahre 1894 war er in Bergwerks- und Hüttenbetrieben Rheinland-Westfalens tätig. Ursprünglich gehörte Huë einem christlichen Jünglingsverein an, kam dann aber sehr bald in die Gewerkschaftsbewegung und war von da an unablässig tätig für die deutsche Bergarbeiterchaft. Sein Leben ist ein Stück Geschichte des deutschen Bergarbeiterverbandes. Schon im Jahre 1894 übernahm er die Redaktion der „Berg- und Hüttenarbeiterzeitung“ in Bochum und redigierte dann später das Organ des Verbandes der Berg- und Hüttenarbeiter. Seine Tätigkeit für die Arbeiterchaft rief ihm mancherlei Konflikte mit den Behörden ein. Wiederholt wurde er zu Geldstrafen verurteilt, und wegen Preßvergehens mußte er zwei Monate lang seine Arbeitsstätte mit der Gefängniszelle vertauschen. Er wurde nicht nur der Führer der deutschen Bergarbeiterchaft, sondern auch darüber hinaus ein Führer der deutschen Arbeiterchaft überhaupt. Ein echter Sohn des arbeitenden Volkes, hat er stets für die Verbesserung der wirtschaftlichen und kulturellen Lage der Arbeiterklasse gekämpft. Aber nicht nur die Arbeiterchaft, auch die Behörden erkannten bald seinen ungeheuren Wert, und drüht erst seit der Revolution war er in manchen wichtigen Fragen Berater der Regierung. In allen größeren internationalen Zusammenkünften nach dem Kriege, in Versailles, in Spa, trat er als Sachverständiger auf. Besonders in Spa hatte er Gelegenheit, den versammelten Vertretern der kapitalistischen Mächte zu sagen, daß die Ausführung der Beschlüsse der Vorkriegszeit und die Erfüllung der Verpflichtungen, die man Deutschland auferlegt hatte, abhängig sind von dem Willen insbesondere der deutschen Bergarbeiterchaft. Huë meldete damals die Ansprüche der Arbeiterchaft an, und selbst Lloyd George sah sich veranlaßt, den Ausführungen dieses Arbeiterführers besondere Beachtung zu schenken.

Vertreter so Otto Huë die Macht der deutschen Arbeiterchaft, so war er doch als Mensch einfach und schlicht, ein aufrechter und klarer Charakter, der niemals seine Herkunft verleugnete und stolz darauf war, ein Sohn der Arbeiterklasse zu sein, der seine Kraft dazwischen legte, der Arbeiterchaft zu helfen, wo ihm das nur irgend möglich war. Trotz aller politischen Differenzen in der Arbeiterchaft gibt es in ihr nur eine Stimme. Alle Richtungen erkennen die fleißige und unergänzliche Arbeit Huës an, und unerschütterlich war das Vertrauen, das besonders die Bergarbeiterchaft ihrem verstorbenen Führer entgegenbrachte. Sie schickten ihn als ihren Vertreter in die Parlamente des Reiches und Preußens. Er war ihr Wortführer auch im Reichswirtschaftsrat, im Reichslohnrat und anderen wichtigen Stellen. In Genua sollte er wieder die Interessen der deutschen Arbeiterchaft vertreten. Aber eine heimtückische Augenentzündung warf ihn auf das Krankenbett, von dem er sich nicht wieder erheben sollte. Die Arbeiterchaft hat einen überaus schmerzlichen Verlust erlitten, und noch weiß man nicht, ob sich eine Personlichkeit finden wird, die gleich Huë die Interessen der Arbeiterchaft vertreten kann.

Ist uns auch seine Arbeitskraft, sein ungeheures Wissen und sein großes Geschick entzogen worden, sein Werk wird unergänglich bleiben. Im Herzen nicht nur der 500 000 Mitglieder des Deutschen Bergarbeiterverbandes, nicht nur im Herzen der ganzen deutschen Arbeiterchaft, im Gedächtnis des ganzen internationalen Proletariats wird Otto Huë und sein Werk weiter leben. Der Dank der deutschen Arbeiterchaft an Otto Huë wird sich nicht erschöpfen in schönen Worten und ehrlicher Trauer. Der Arbeiterchaft wird er immer ein Vorbild sein, dem nachzueifern sie als ihre Ehrenpflicht betrachtet. Die Fahne, die seinen starken Händen entglitt, wird sie aufgreifen, sie einen Augenblick lang in tiefer Trauer vor seinem Leichnam senken und sie dann auf den Weg, die er gezeigt hat, vorwärts tragen zu dem Ziel, das er erstrebte, aber nicht mehr erreichen konnte.

Das Beileid des Reichspräsidenten.

Reichspräsident Ebert hat an die Witwe des Genossen Huë obiges Beileidstelegramm geschickt: „Zu dem schweren Schicksal, das Sie durch das Ableben Ihres Mannes getroffen hat, spreche ich Ihnen und Ihren Kindern meine herzlichste Teilnahme aus. Die deutschen Arbeiter, namentlich die Bergarbeiter, werden in dem Dahingegangenen einen ihrer besten und unermüdblichsten Führer, der als Sozialpolitiker und Volkswirtschaftler am politischen Leben hervorragenden Anteil nahm und sich große, unergänzliche Verdienste erworben hat. Ich selbst betrauerte in ihm einen lieben und treuen Freund, der mir durch langjährige, gemeinsame Arbeit verbunden war.“

Nachfolger des Genossen Huë.

Im Reichstag wird Genosse Splegge in Düsseldorf, Bezirksleiter des Deutschen Metallarbeiterverbandes für Rheinland-Westfalen, der schon im Jahre 1912 dem Reichstag angehört. Im preussischen Landtag tritt die Genossin Anna Leg an die Stelle Huës.

Keine Mandatsniederlegung der ausgetretenen U.S.P.-Stadträte.

Die beiden Stadträte Brühl und Schänning haben an die unabhängige Partei ein Schreiben gerichtet, in dem sie es ablehnen; der Aufforderung, nach vollzogenem Austritt aus der U.S.P. auch ihre Mandate niederzulegen, nachzukommen. Sie begründen diese Ablehnung mit einem Beschluß der letzten Reichskonferenz der U.S.P. D., die sich bekanntlich mit dem Austritt der R. U. G. zur U.S.P. D. befaßte und dem Beschluß sagte, daß über eine Mandatsniederlegung nur die Partei zu entscheiden hat, der die Ausgetretenen betreten. Was für die R. U. G. gelte, müsse auch für Mandatssträger der Unabhängigen Partei gelten, wenn sie aus dieser ausscheiden und sich einer anderen anschließen. Im übrigen weisen die beiden Stadträte darauf hin, daß die Zusammenarbeit zwischen den unabhängigen und sozialdemokratischen Stadträten im Berliner Rat-

haus stets ein gutes war, und daß vor allen Dingen in den Bezirken ein gutes Einvernehmen auch mit den Bürgerlichen bestand. Würden sie ihre Mandate niederlegen, so würden ihre Nachfolger nicht Angehörige der unabhängigen, sondern einer bürgerlichen Fraktion sein und dadurch der Arbeiterchaft zwei wichtige Stimmen der Berliner Stadtverwaltung verloren gehen.

Ihren Austritt aus der Partei begründen Brühl und Schänning nochmals damit, daß die Haltung der radikalsten U.S.P.-Fraktion im Berliner Stadtparlament fortgesetzt die Interessen der unabhängigen Stadträte durchkreuzte. Im Anschluß daran sei mitgeteilt, daß, wenn Brühl kein Reichstagsmandat niederlegen würde, an seine Stelle kein Unabhängiger, sondern ein Kommunist treten würde.

Gewerkschaftsbewegung.

Zum 11. Gewerkschaftskongreß.

Am 19. Juni tritt in Leipzig der 11. Kongreß der Freien Gewerkschaften Deutschlands zusammen. Die Tagung wird von der allergrößten Bedeutung nicht nur für die Erleuchtung der rein gewerkschaftlichen Aufgaben in der Zukunft sein, im Vordergrund der Verhandlungen werden auch die großen politischen Fragen stehen. Noch verfügen die deutschen Gewerkschaften über die zu einer erfolgreichen Arbeit unbedingt erforderliche Geschlossenheit. Wer mit den Dingen näher vertraut ist, übersteht indessen die Hemmnisse und Schwächen nicht, die sich als Folgeerscheinungen der bedauerlichen Spaltung der politischen Arbeiterbewegung auch überall in den Gewerkschaften zeigen. Mehr als ihnen gut ist, steht ihre gesamte Tätigkeit heute unter dem Einfluß des Agitationsbedürfnisses der einzelnen politischen Parteien. Wir Sozialdemokraten sind dabei gezwungen, uns im Interesse der Arbeiterchaft gegen die zersetzende Tätigkeit der K.P.D. zu wenden. Aber nicht nur diese Partei, auch der linke Flügel der Unabhängigen setzt sich sehr lebhaft für die „Eroberung“ der Gewerkschaften ein. An sich wäre dagegen nichts zu sagen, wenn ein besseres Programm und erfolgversprechendere Methoden für den gewerkschaftlichen Kampf in Vorschlag gebracht würden. Das ist aber nicht der Fall. Man hält zwar aus agitatorischen Gründen, um der Konkurrenz der Kommunisten widerstehen zu können, in der U.S.P. D. radikale Reden, in der praktischen Arbeit aber beharrt man sich auf die Anwendung der alten und erprobten Taktik der Freien Gewerkschaften.

In ihrem eigenen Interesse und im Interesse des Sozialismus dürfen sich die deutschen Arbeiter nicht von dieser Illusionspolitik einfangen lassen. Zeit auf dem Boden der Tatsachen stehend, müssen sie geistig und innerlich den Kapitalismus überwinden und in klarer, methodischer Aufbauarbeit die Voraussetzungen für die sozialistische Wirtschaft schaffen. Mit Revolutionen spielen ist diese große geschichtliche Aufgabe nicht zu bewältigen. Für jeden Einzeligen war von vornherein klar, daß die zehn Punkte des A.D.S., deren sofortige und uneingeschränkte Erfüllung die Kommunisten und die ihnen gefolgschwandten Unabhängigen jeden Tag fordern, nicht von heute auf morgen in einem Zuge durchgeführt werden können. Heute fordern diese Radikalen eine reine Arbeiterregierung obwohl sie durch ihr Verhalten vor der Wahl der Deutschen Nationalversammlung die zur Bildung einer reinen Arbeiterregierung notwendige sozialistische Mehrheit verhinderten. Jetzt kann es sich nur darum handeln, die irreführenden Teile der Arbeiterchaft auf den richtigen Weg zu bringen und aus ihnen die Hindernisse zu entfernen, die die Kommunisten aufgeräumt haben. Von „Aktionen“, wie sie die Kommunisten bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit arrangieren, kann das Heil der Arbeiterchaft nicht kommen. Das wird der deutsche Gewerkschaftskongreß in Leipzig klar aussprechen müssen. Er wird ferner ein entschiedenes Bekenntnis für Amsterdam und gegen Moskau abzugeben haben. Ganz eindeutig wird sich der Kongreß auch aussprechen müssen für die Heranziehung des Reiches zu den allgemeinen Zielen. Er wird auch die Mittel angeben müssen, die geeignet sind, zu diesem Ziele zu führen. Eine plannmäßige, von den bestehenden Tatsachen ausgehende und von allen Illusionen freie Politik wird die Arbeiterchaft vor Enttäuschungen bewahren. Durch eine entsprechende Schulung und planvolle Konzentration der Kräfte auf erreichbare Ziele können die Kräfte freigemacht werden für den Aufbau der Wirtschaft im sozialistischen Sinne.

Unser Genossen in den Gewerkschaften müssen im Sinne dieser Auffassung wirken. Durch eine rege Beteiligung an den Wahlen der Delegierten für Leipzig müssen sie der Zerplitterungstaktik der K.P.D. entgegenwirken und die Kräfte in den Gewerkschaften für den Sozialismus sammeln, der nicht in bloßer Verneinung, sondern in zielklarer, entschlossener, sozialistischer Weiteraufbauarbeit auf allen Gebieten des politischen, wirtschaftlichen und geistigen Lebens den Weg führt, der aus nationaler und internationaler Richtung zu Unabhängigkeit und wahrer Freiheit führt.

Durchsichtige Hehe.

Die Morgenausgabe der Berliner „Koten Fahne“ vom 11. April brachte unter der Überschrift „Organisierte Kommunistenhebe im D. E. R.“ eine Notiz, in der behauptet wurde, der Verbandstag des Deutschen Eisenbahnverbandes war ursprünglich auf Mai d. J. angesetzt, wurde aber aus Furcht vor der Opposition bis zum September vertagt. Was es mit dieser Behauptung auf sich hat, beweist die Tatsache, daß nach § 27 der Satzungen des D. E. R. alle zwei Jahre eine ordentliche Generalversammlung stattzufinden hat. Die letzte tagte vom 12. bis 18. September 1920 in Dresden. Die Einberufung der jetzt fälligen Generalversammlung für die Zeit vom 10. bis 16. September nach München beweist, daß der Vorstand nach den Satzungen handelt. Die „Koten Fahne“ schrieb weiter, daß der Vorstand eine Konferenz sämtlicher örtlicher Bevollmächtigter nach Hannover einberufen hatte, die von 300 Teilnehmern besucht war. In Wirklichkeit war diese Konferenz nur von 200 Teilnehmern besucht. Unwahr ist auch die Behauptung, eine Delegation aus Düsseldorf sei zur Konferenz erschienen und habe gegen ihre Abhaltung protestiert. Die Wahrheit ist, daß nur ein Schreiben aus Düsseldorf einlief, welches von falschen Voraussetzungen ausging und auf der Konferenz zur Berichtigung gelangte. Schließlich wird dem Vorsitzenden Scheffel unterstellt, daß er in einer Berliner Versammlung erklärt haben soll, er und seine Kollegen seien in der Minderheit. Demgegenüber genügt es, darauf hinzuweisen, daß unter 78 Mitgliedern des erweiterten Vorstandes genau vier Kommunisten sind.

Diese wenigen Richtigstellungen dürften genügen, um zu zeigen, in wie unerhörter Weise die „Koten Fahne“ sich täglich bemüht, mit den verwerflichsten Mitteln die Mitglieder des D. E. R. gegen ihren Vorstand aufzubringen.

Achtung, Bauarbeiter Breslaus!

Das Tiefbaugeschäft Herrn. Witte ist bis auf weiteres gesperrt, da der Arbeitgeberbund für das Tiefbaugeschäft trotz zweimaligen schriftlichen und auch mündlichen Antrages zwecks Einleitung von Lohnverhandlungen sich bisher nicht geäußert hat. Die Tiefbauarbeiter haben es nachgerade satt, sich von Herrn. Proske, der gar kein Geschäft hat (Proske ist der Vorsitzende des Tiefbauarbeiterbundes für Schlesien) weiter brüskieren zu lassen. In der demnächstigen Versammlung der Tiefbauarbeiter wird weiter Stellung genommen. Die Ortsverwaltung.

Rüstet zum 1. Mai.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Verrohung der Jugend.

Die Jugend entrüstet sich die Agrarier über die verrohten Arbeiterkinder. Wie diesem Uebel aber abzuhelfen ist, das kümmert sie wenig.

Daß die zum Teil sehr elenden Verhältnisse mißsprechen, unter denen die Arbeiter heute noch leben, wollen sie nicht zugeben. Eltern und Erzieher haben große Mühe, dieser Verrohung Herr zu werden. Muß es da aber die Eltern nicht entrüsten, wenn ihre Kinder von einem christlich und national gefühlten Lehrer dazu angehalten werden, über Mord und Sittlichkeitsverbrechen Aufsätze in der Schule zu schreiben. Ein noch sehr jugendlicher Lehrer zu Oberstophansdorf ließ seine Klasse Aufsätze über das Kleppelsdorfer Morddrama und über einen hier im Walde gefundenen anscheinend wegen Geschlechtskrankheit durch Selbstmord toten Offizier und Gutsbeamten schreiben.

Jeder Kommentator erübrigt sich. Die Schulbehörde aber wird sich dieses Falles hoffentlich recht bald annehmen.

Aus der Provinz Schlesien.

Eine Fierde des Zentralverbandes.

Am 5. 4. 22 fand Termin in Straßburg a. L. wegen Meinel vor dem Schwurgericht Oppeln statt. Von den in der Voruntersuchung vernommenen 48 Zeugen und 3 Sachverständigen sind zur Hauptverhandlung 26 Zeugen und 3 Sachverständige geladen worden und erschienen. Nach der Beweisaufnahme, welche bis abends 8 Uhr dauerte, mit einer Unterbrechung von 1½ Stunden, plädierte der Oberstaatsanwalt für Verurteilung der Schuldfrage. Gleich zu Anfang seiner Ausführungen behaupte der Oberstaatsanwalt, daß er seine Anklage gegen den Klofa richten müsse, obwohl die Beweisaufnahme ergeben habe, daß Klofa nur das Opfer des Zeugen Knoff sei und Knoff mit auf die Anklagebank gehöre. Er charakterisierte den Knoff als einen hinterlistigen, gewissenlosen Menschen, der vor keinem Mittel scheue, um zum Ziele zu kommen. Nach längerer Beratung bejahte die Geschworenen die Schuldfrage und das Gericht legte eine Strafe von 1½ Jahren Zuchthaus fest, von welcher 6 Monate Untersuchungshaft abgerechnet wurden, 3 Jahre Ehrverlust und die übrigen im Gesetz vorgezeichneten Ehrenstrafen. Bei Begründung des Urteils wies der Vorsitzende erneut darauf hin, daß Knoff die treibende Kraft zu dem Mordverbrechen Klofas wäre und rief dem Angeklagten sich für die Zuchthausstrafe bei seinem Freunde Knoff zu bedanken.

Im Laufe der Beweisaufnahme wurde ein Schreiben an den Verbandesvorsitzenden erwähnt, in welchem angeblich die Ortsgruppe Hirschfeld dem Zeugen Knoff ein Vertrauensvotum ausgesprochen habe und darin auch die Redewendung „Sozialist“ von reinem Geiß“ gebraucht wurde. In ironischem Ton fragte der Vorsitzende den Zeugen Knoff, ob er noch jetzt Sozialist von reinem Geiß sei; worauf Knoff mit verächtlichem Lächeln erwiderte: „Weiß ich bei dem Sozialisten trübe Erfahrungen gemacht habe, bin ich jetzt christlich-deutschnational.“ Dieser Vorfall löste allgemeine Heiterkeit aus.

Während der Beratungspause kam Miße mit dem Vorstehenden des Schwurgerichts, Herrn Landgerichtsrat Kanne, der gleichzeitig auch den Vorsitz im Schlichtungsausschuß Oppeln führt, in eine kleine private Unterhaltung, in welcher Kanne aufzufordert erklärte: „Für solchen christlich-deutschnationalen Kollegen bedanken wir uns sehr schön.“

Der ganze Gang der Verhandlung erweckt den Eindruck, als ob nicht Klofa, sondern der unedlich vernommene Zeuge Knoff der Angeklagte wäre.

Auf eine Einwendung des Klofa, welche einen Angriff gegen Miße enthielt, stellte das Gericht offenkundig fest, daß das Strafverfahren gegen Klofa von Amiswegen durch den Amtsgerichtsrat in Kreuzburg eingeleitet worden sei. Insbesondere wurde festgestellt, daß Miße gegen Klofa niemals etwas unternommen hätte, was geeignet wäre, eine Strafverfolgung einzuleiten.

So leben die christlich-nationalen Gewerkschaftssekretäre des Zentralverbandes aus, die sich im Uebergang der Revolution auf Sozialisten nannten. Unserer Meinung nach gehört nicht Klofa, sondern Knoff wegen Veranlassung zum Mord, in das Zuchthaus.

Die Ermordung des Gleiwitzer Polenführers

Dr. Stojanowski findet in Oberschlesien die größte Beachtung, zumal gleichzeitig noch eine Reihe weiterer Mordbiäten in den letzten Tagen gemeldet wurden.

Polnische und gewisse alliierte Stimmen versuchen, die Erschießung des Polenführers als neuen Beweis dafür hinzustellen, daß fast alle, in letzter Zeit verübte Attentate im Mitteleuropengebiet von deutscher Seite ausgingen. In verantwortlichen deutschen Kreisen wird die Mordbiät lebhaft bedauert und auf das schärfste verurteilt. Es kann zwar nicht geleugnet werden, daß auch auf deutscher Seite Elemente vorhanden sind, die sich ihrer politischen Verantwortung nicht bewußt bleiben und zum Teil den primitivsten Rache- und Raubgelüsten nachgeben. Ganz objektiv muß aber festgestellt werden, daß solche Elemente sich nicht auf deutscher Seite allein befinden. Die Wirkung der internationalen Verwaltung ist vielmehr eine allgemeine Anarchie in Oberschlesien, die die Rückkehr zur Selbsthilfe immer allgemeiner gemacht hat. Wenn polnische Waffentager jenseitig entsetzt werden als deutsche, so liegt das an der Parteilichkeit der alliierten Behörden.

Von den letzten Totschlägen sind übrigens mehrere, die allerdings eine geringe politische Bedeutung haben, auf Belastungsfordern einwandfrei zurückgeführt worden.

Groß-Streik. Von einem Franzosen erschossen.

Wittwoch nacht wurde die Gattin des Justizoberinspektors Bennet von einer französischen Patrouille in dem Augenblick erschossen, als sie das Fenster öffnete, um nach ihrem aus dem Dienst heimkehrenden Gatten auszufragen. Der Vorsitzende des Deutschen Ausschusses Groß-Streik hat wegen dieses Vorfalls beim Reichskontrollrat vorgeschrieben, der ihm erklärte, daß kurz vor der Öffnung des Fensters durch Frau Bennet Schuß gefallen seien. In der Annahme, daß aus dem Fenster geschossen worden sei hätte der französische Soldat hinaufgeschossen. Er werde deshalb wegen fahrlässiger Tötung zur Verantwortung gezogen werden.

Unsere Valuta.

Es wurden an der Berliner Börse gezahlt:

	19. 4.	18. 4.
für 1 amerikanischen Dollar	291,13 M.	291,63 M.
• 1 englisches Pfund	1283,95	1280,35
• 1 französisches Franc	27,01	27,26
• 1 beländisches Gulden	111,11	110,11
• 1 Schweizer Franken	56,62	56,93
• 100 holländische Kronen	3,88	3,75
• 1 tschechische Krone	5,85	5,70
• 1 dänische Krone	61,82	61,87

Schuhputz
Pilo
glänzt im Nu

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 20. April.

Sozialdemokratischer Verein.

Redner für die Abteilungsverfammlungen. Heute abend 7 Uhr: Zusammenkunft im Parteisekretariat.

Beamten-Vertrauensleute der SPD.

Freitag, den 21. April, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 3.

Bersammlung.

Sehr wichtige Tagesordnung! Eintritt nur gegen Vorlegung des Parteimitgliedsbuches.

Abteilungsverfammlungen

Montag, den 24. April. Tagesordnung: 1. Wird das neue Parteiprogramm behandelt; 2. Die Waiserei 1922. Wir bitten alle Parteigenossen und -Genossen für diese Versammlungen recht rege Agitation zu betreiben.

Die Mitwirkenden der Kinderveranstaltungen treffen sich am Sonntagabend um 6 Uhr im Zimmer 5 des Gewerkschaftshauses. Von 8 Uhr ab findet Unterweisung statt durch den Arbeiter-Samariterbund.

Die nächste Sitzung des Bildungsausschusses der Breslauer Arbeiterkammer findet erst am Sonntagabend, den 29. April, im Gewerkschaftshaus, abends 7 Uhr, statt.

Quartiersprüfung. In der Nacht vom Dienstag, den 18. April, ist nachzutragen, daß an der Anwesungsprüfung auch Jugendliche bis zum 18. Lebensjahre teilnehmen können.

Arbeiter-Jugend. Sonntagabend, den 22. d. M., abends 7 1/2 Uhr, im Zimmer 12 d. Gewerkschaftshauses: Wichtige Funktionär-Sitzung. Erscheine dringend notwendig.

Abteilung Skoweh. Sonntagabend, den 22. d. M., abends 7 Uhr, bei Schmalz, Schillerstraße 23, Funktionär-Sitzung. Vollständiges Erscheinen erwünscht.

Abteilung Nikolaiter und Pöpelwitz. Freitag, den 21. d. M., abends 7 1/2 Uhr, bei Graf, Westendstraße 37, wichtige Sitzung sämtlicher Parteifunktionäre und Vertreter der Gefangenen- und Sportvereine. Tagesordnung: Waiserei und Ausgabe der Programme.

District 15. Sonntagabend, den 22. d. M., abends 7 Uhr, bei Görlich, Lange Gasse 46, wichtige Funktionär-Sitzung.

Worte und Taten der Junker und Großhändler!

Die erschreckende Tatsache, daß der Zentner Kartoffeln heute mit 300 Mark gehandelt wird, beweist, daß die Anhänger des freien Handels, die Lebenshaltung des Volkes nicht berücksichtigen. Als aber am 2. August 1920 Junker und Kartoffelgroßhändler im „König von Ungarn“ und Hotel „Kriegner“ die Aufhebung der Zwangswirtschaft der Kartoffeln forderten, waren sich der Kartoffelgroßhändler Frühling und der Baron Freiherr von Richthofen einig, daß im freien Handel die Kartoffel billiger gehandelt werden soll, als unter der Zwangswirtschaft. v. Richthofen war es, der damals erklärte, daß im Unlageverfahren 120 Millionen Zentner Kartoffeln aufgebracht werden können. „Wenn die Kartoffel im freien Handel billiger wird, handelt auch der Landwirt die Kartoffel billiger, wird sie aber teurer, müssen wir uns zusammennehmen um den Preis der Kartoffeln nicht zu hoch werden zu lassen; denn sonst beweißen Sie, (zu den Großhändlern gewandt), daß Sie es im freien Handel nicht besser machen. Wir wollen beweisen, daß wir das Volk ernähren können.“ Nach dem Ausland darf nichts verschoben werden. Der Kartoffelgroßhändler Frühling äußerte sich, wenn der freie Handel eingeführt wird, dann geht es keine Woche oder etwas an, was wir für Preise fordern und wofür wir liefern, mit Ausnahme des Auslandes.

Entweder ist der freie Handel in der Lage zu ernähren, oder (zu Freiherrn von Richthofen gewandt). Sie erklären, es nicht zu sein; worauf Herr von Richthofen erwiderte: „Wir treten für den freien Handel ein. Bei 30 Mark Erzeugerpreis hängt der Landwirt sein Land gut, so daß die Kartoffel gut wachsen. Der Kartoffelpreis über 30 Mark darf vom Händler dem Landwirt gegenüber nicht überboten werden.“

„Wir wollen sorgen, daß die Preise nicht in den Himmel steigen“, sagte Freiherr von Richthofen.

Das war die Meinung derjenigen, die sich damals zusammenschlossen, um die verhasste Zwangswirtschaft zu befeitigen.

Man muß sagen, daß die Vertreter des Großhandels und des Landwides es verstanden hatten, dem Volke Sand in die Augen zu streuen! Konnte doch Freiherr von Richthofen in Nr. 4 des „Schlesischen Landwirts“, Jahrgang 1921, triumphierend verkünden: daß die Industrie und ihre Arbeiter gegen die Aus der Not des Krieges geborene Zwangswirtschaft wäre, daß die Regierung gezwungen war, die Arbeiter von der Zwangswirtschaft zu befreien.

Nur der Landwirtschaft legt man nach wie vor Fesseln an: Im Schwelge seines Angebotes und unter Verlust der Bodens- und Betriebskraft, mußte der Landwirt frohen (!), während Millionen letzten Verdienst einstecken oder ihre Arbeitszeit verkürzen. Daß dem aber nicht so ist, beweist die Tatsache, daß mit Einführung der freien Wirtschaft, und der Abschaffung der Kartoffelhöchstpreise, im Jahre 1921 die Gutsbesitzer einen Ubergewinn von drei und einer halben Milliarden in einem Jahre einstreifen konnten. Dagegen kam man von der Getreidewirtschaft behaupten. Wo ist der Junker Freiherr v. Richthofen mit seinem Verpreden geblieben? Wo die Großhändler, die mit Einschaltung des freien Handels beweisen wollten, daß sie dem Volke billigere Lebensmittel verschaffen können? Wer hat gelohnt, daß die Preise nicht in den Himmel steigen? Niemand! Heute sind sich Junker und Händler, Großhändler einig in der Ausbeutung des Volkes! Nur die Sozialdemokratie ist heute noch geblieben, was sie vor 8 Jahren war; die Partei, die durch Einführung der Planwirtschaft und Zwangswirtschaft die Lebenshaltung des Volkes zu bessern suchte.

Daher ist es Pflicht der Angestellten und Arbeiterkammer, zu sorgen, daß bei den nächsten Wahlen die Arbeiterkammer zur Macht gelangt.

Böllerhebung der „Schlesischen Zeitung“.

Eine vernünftige oder vielmehr selbstverständliche Haltung hat gelegentlich der Aufstretens eines italienischen Cellonitruosen die Innsbrucker Bevölkerung gezeigt, entgegen der Aufforderung eines nationalitalienischen Studenten, aus Gründen der „nationalen Würde“ das Auftreten italienischer Künstler in der Tiroler Hauptstadt nicht zuzulassen. Solange der deutsche Süden des Landes im Besitz der Italiener sei und veraltet werde, empfing das Publikum den Künstler mit demonstrativem Beifall. Auch nahm es die Worte des nationalitalienischen Journalisten sehr mißfällig auf. Angesichts des Banalitäts des „Schlesischen Zeitung“ in künstlerischen Dingen, auf das wir schon wiederholt unsere Leser hinzuweisen Gelegenheit hatten, wundert es uns nicht, daß das edle Blatt über das mangelnde Nationalbewußtsein gewisser Innsbrucker Kreise jammernd und mit Entsetzen feststellt, daß es bei uns „Leider“ wohl eben so gegangen wäre. Die „Schlesische Zeitung“ stellt damit ungewollt den kunstliebenden Nationen des deutschen Volkes ein ehrendes Zeugnis aus, und bekämpft mit Recht, daß in Deutschland Vertreter der geistigen Kultur des Auslandes auf-

Die Not der Kriegsgesopfer.

Die Renten der Kriegsbeschädigten.

In weiten Kreisen ist die Meinung verbreitet, daß die Kriegsbeschädigten sich gegenwärtig auf Grund der ihnen nach dem Reichsversicherungsgezet gewährten Beiträge erheblich besser stellen, als es während des Krieges der Fall gewesen ist. Dies trifft jedoch nicht zu. Würde man z. B. entsprechend der Entwertung der deutschen Mark einen Armamputierten nur die Rente erwähnen wollen, die auf Grund des alten Mannschaftsversicherungsgezetes einem Unteroffizier (Durchschnittsrente) zustand, so müßte ihm gegenwärtig eine Rente von monatlich 5215 Mark gewährt werden, denn für eine Goldmark müssen jetzt 70 Papiermark gerechnet werden, wie es aus der vom Statistischen Reichsamt errechneten Indexziffer und aus der letzten Note der Reparationskommission sich ergibt. Die Durchschnittsrente eines Armamputierten ohne Kinder in der Ortsklasse A beträgt gegenwärtig jedoch nur 330,45 Mark monatlich. Dabei ist eine Kürzung der Rente auf Grund des Arbeitseinkommens, die bei einem steuerbaren Einkommen von mehr als 7000 Mark eintritt, noch nicht berücksichtigt. Vergleicht man die nach dem Reichsversicherungsgezet gegenwärtig zustehende Rente der Kriegsbeschädigten mit den Höchstlöhnen der Erwerbslosenunterstützung, so findet man, daß diese erheblich hinter der Erwerbslosenunterstützung zurückbleibt. Das Statistische Reichsamt legt bei der Berechnung seiner Indexziffer stets eine fünfköpfige Familie (Mann, Frau und 3 Kinder) zugrunde. Errechnet man nach diesen Prinzipien die Reichsbuchschnittsrente eines vollständig erwerbsunfähigen Kriegsbeschädigten, dem eine Pflegezulage nicht gewährt wird, so ergibt sich, daß die tägliche Rente um mehr als 16 Mark hinter den in Betracht kommenden Höchstlöhnen der Erwerbslosenunterstützung zurückbleibt.

Nur diejenigen Kriegsbeschädigten, die einer Arbeit überhaupt nicht mehr nachgehen können oder nur ein Einkommen von 1/3 der Erwerbslosenunterstützung haben, erhalten durch die Kriegsbeschädigtenfürsorge gegenwärtig auf Grund eines Erlasses des Reichsarbeitsministeriums einen besonderen Fürsorgezuschuß. Mit diesem Fürsorgezuschuß wird gerade der Höchstlohn der Erwerbslosenunterstützung erreicht. Daß die Erwerbslosenunterstützung immer nur einen äußersten Notbehelf darstellen und nur eine vorübergehende Maßnahme sein soll, ist auch von Seiten des Reichsarbeitsministeriums grundsätzlich anerkannt worden. Die Beiträge der Kriegsbeschädigten müßten deshalb die Höchstlöhne der Erwerbslosenunterstützung wesentlich übersteigen, weil es sich hier, das hat das Reichsarbeitsministerium in einem Erlaß vom 1. Dezember 1921 selbst ausgesprochen, um eine

dauernde Unterhaltungsbedürftigkeit handelt. Würde man entsprechend dem Antrage des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegszhinter-

bliebenen die Renten um 100 Prozent erhöhen, so wäre damit der tägliche Höchstlohn der Erwerbslosenunterstützung um 13 Mark im Durchschnitt überschritten. Die Renten würden bei Verdoppelung immer noch um mehr als 15 Mark hinter den vom Statistischen Reichsamt für eine Normalfamilie errechneten täglichen Lebenshaltungskosten zurückbleiben. Damit wird von amtlicher Seite selbst anerkannt, daß es kein unbilliches Verlangen ist, wenn angesichts der ungeheuren Teuerung die

Verdoppelung der gegenwärtigen Gesamtbeiträge

für alle Kriegsbeschädigten verlangt wird.

Das Bestreben des Reichsarbeitsministeriums geht aber dahin, denjenigen Kriegsbeschädigten, die im Erwerbsleben stehen, eine Teuerungszulage sofort wie gar nicht zu gewähren. Dieser Standpunkt kann um so weniger geteilt werden, als ja die Kriegsbeschädigten nur unter Anwendung erheblicher Tatkraft in Ausnahmefällen ein Einkommen wie ein Gewerbe erreichen können. Es sei darauf hingewiesen, daß jede Änderung des Versorgungsgezetes automatisch eine Veränderung der Beiträge der Pensionsempfänger bringt. Auch von diesen Personen bezieht ein großer Teil ein nicht niedriges Einkommen. Bei ihnen kommt noch hinzu, daß ihnen neben der automatischen Erhöhung ihrer Pensionsgebühre die Beiträge auf Grund eines anderweitigen Einkommens überhaupt nicht gekürzt werden. Der Reichsrat hat einen ihm vorgelegten Entwurf zu einem Pensionsfürsorgegezet mit der Begründung abgelehnt, daß dieser in hohem Maße bedenklich sei, weil er den Nichtsteuer vor dem Arbeitssamen bevorzuge. Das trifft in viel größerem Maße auf die Kriegsbeschädigten zu, weil bei ihnen bei einem steuerbaren Einkommen von mehr als 7000 Mark die Kürzung der Rente eintritt und bei einem solchen von mehr als 14000 Mark eine Rente überhaupt nicht mehr gewährt wird, es sei denn, daß es sich um einen Schwerbeschädigten handelt. Dilem wird dann nur noch die geringe Schwerbeschädigtenzulage in Höhe von 150 bis 300 Mark jährlich zusätzlich Orts-Teuerungszulage und etwaigen Kinderzulagen gewährt. Bei demjenigen, der im vollen Erwerb steht, wird also durch das Gezet schon selbst dafür gesorgt, daß er ja nicht zuviel an Rentenbehalten erhält. Es muß deshalb in den Reihen der Verlorbenenberechtigten den schärften Widerspruch finden, wenn sie dadurch doppelt benachteiligt werden sollen, daß sie einen geringen Ausgleich der Teuerung nur dann erhalten sollen, wenn sie arbeitslos sind oder nur ein Einkommen haben, das die Höchstlöhne der Erwerbslosenunterstützung um 1/3 übersteigt. Zur Arbeitslosigkeit der Blinden, Verkrüppelten und anderen Schwerbeschädigten tragen solche Maßnahmen der Reichsregierung nicht bei. (Weitere Aufsätze folgen.)

richtig und herzlich begrüßt zu werden pflegen. Die „Schlesische Zeitung“ beklagt ferner durch ihre Auffassung, daß sie auf einer tieferen Stufe steht, als der Pariser nationalitalienische Pöbel, der dort auch nicht fehlt, aber beispielsweise vor der Begründung des deutschen Geisteslebens nicht magte, seine Methoden der Volkserhebung in empfehlende Erinnerung zu bringen.

Kohlenverförmung.

Ueber die Verlieferung mit Kohlen werden uns von verschiedenen Seiten Klagen unterbreitet, die wir den hierfür zuständigen Stellen der Beachtung empfehlen. So sind für Monat März ein großer Teil von Konumenten mit der ihnen zustehenden Märzlohne nicht beliefert worden. Wie ihnen nun von den Sändlern erklärt wird, müssen sie für diese Kohle, die sie nun erst erhalten, gleichfalls die Aufschläge zahlen, die für Monat März noch nicht vorgelesen waren. Dadurch werden eine große Anzahl von Abnehmern zu nicht unberückten Mehrausgaben gezwungen, die sie keineswegs in ihrem Ausgabenkonto vorgelesen haben und zu denen sie kommen, ohne recht zu wissen warum. Dazu kommt, daß die Händler in der Verlieferung der Kohle die Abnehmer — so wird uns gesagt — rein willkürlich bedenken und 10 Leute im März Kohlen erhalten haben, die sehr gut in der Lage gewesen wären, bei späterer Verlieferung den Aprilaufschlag zu zahlen, der den unbemittelten Kreisen eine große und ins Gewicht fallende Mehrausgabe verursacht, ja ihnen die Entnahme von Kohle, deren sie nicht weniger benötigen wie jeder andere, oft zur Unmöglichkeit macht. Wir möchten die zuständigen Stellen für Kohlenverförmung auf diesen Umstand, der mit Recht Anlaß zu lebhaftem Unwillen unter den Beschädigten bietet, hinweisen, damit er, wenn für diesmal daran nichts zu ändern ist, er wenigstens in Zukunft unmöglich gemacht wird.

Schlachtstohfgebühren und Fleischpreise.

pa. Mit der Preissteigerung aller Bedarfswaren, die in den letzten Wochen mit einer Sprunghaftigkeit und in einem Ausmaß einsetzte, wie man es selbst vor einem Jahre noch für unmöglich gehalten hätte, sind auch die Preise für Fleisch und Wurst aller Art gewaltig emporgeschossen. Ja, bisweilen hatte es sogar den Anschein, als hätten es diese Lebensmittel ganz besonders eilig, um dem Weltmarkt mit den anderen um den höchsten Preis nicht zurückzugeben. Doch sei dem, wie ihm wolle. Es ist nicht Zweck dieser Zeilen, in eine Prüfung darüber einzutreten, auf welche Tatsachen sich diese Aufschläge gründen oder gar, was von der von Berlin und Süddeutschland her angeführten Preissteigerung zu erwarten ist. Vielmehr handelt es sich darum, eine — offenbar von beteiligter Seite — in den weitesten Kreisen verbreitete Ansicht zu widerlegen, als ließe für die hohen Fleischpreise allein oder doch mit in erster Reihe der Magistrat verantwortlich zu machen, der durch die Hinaufhebung der Schlachtstohfgebühren sehr wesentlich zur Preissteigerung beigetragen habe. Wie weit diese Meinung richtig oder irrig ist, mögen nachstehende, nach dem Durchschnittsgewicht der Schlachttiere für eine mittelgroße Fleischerei errechneten Zahlen ergeben:

Die gesamten städtischen Schlachtstohfgebühren, einschließlich der Wiege- und der Kühlhausgebühr und des Stallgebühres, machen augenblicklich bei einem Pfunde Rindfleisch noch nicht einmal 51 Pf., bei Schweinefleisch 64 Pf., bei Kalbfleisch 84 Pf. und bei Schaffleisch 87 Pf. aus. Das sind Beträge, die, wie jeder Unbefangene zugeben wird, bei den heute geforderten Preisen überhaupt nicht nennenswert ins Gewicht fallen. Aber selbst wenn man das Beispiel erweitert und den städtischen Gebührensatz noch die Gebührensätze der Staatsbahnen, der Treibereisen und des Schlachtgebiets für die Lohnschläger hinzurechnet, so kommt man — unter Zugrundelegung einer durchschnittlichen Entfernung von 50 Kilometer — auch dann noch zu Ergebnissen, die nicht geteigert sind, die heutzutage Teuerung am Fleischmarkt als eine Folge der Gebührensätze zu erklären. Denn auch dann beträgt der Preiszuschlag für ein Pfund Rindfleisch erst 99 Pf., Schweinefleisch 1,01 Mark, Kalbfleisch 1,54 Mark und Schaffleisch 1,75 Mark.

Eine ähnliche Berechnung für die besonders hohen Wurstpreise anzustellen, ist wegen der Verschiedenartigkeit der Ware und ihrer Zusammenlegung nicht möglich. Die oben mitgeteilten Angaben dürften aber genügen, um auch für sie die Annahme gleicher oder doch ähnlicher Verhältnisse berechtigt erscheinen zu lassen. Es folgt aus alledem, daß selbst wenn die verschiedenen Gebührensätze — was wegen der Finanzlage natürlich nicht in Frage

kommen kann — erheblich herabgesetzt würden, der Käufer von Fleisch und Wurst eine merkliche Preisinderung nicht feststellen vermöchte, und daß daher die Preisgestaltung am Fleischmarkt von ganz anderen Umständen abhängig sein muß, als von eben jenen Gebührensätzen (nämlich der rückwärtslosen Ausbeutung des Volkes durch die Agrarier in der freien Wirtschaft. D. Red.)

Sabotage des Prinzips der Sparsamkeit und der Wirtschaftlichkeit bei der Eisenbahnverwaltung im Direktionsbezirk Breslau.

In letzter Zeit haben sich gewisse Kreise und die rechtsorientierte Presse viel mit dem Defizit der Eisenbahnverwaltung beschäftigt. Dabei wurde versucht, der Bevölkerung einzuhämmern, daß das große Defizit bei der Eisenbahnverwaltung lediglich durch die hohen Löhne und Gehaltsforderungen der Eisenbahnarbeiter und Beamten entstanden sei. Daß diese Defizit aber durch Sabotageakte der Geheimräte des alten Regimes vergrößert wird, dürfte in weiten Kreisen unbekannt sein. Wie unvernünftig und unwirtschaftlich zum Beispiel im Direktionsbezirk Breslau verfahren wird, dürfte folgender Vorfall zeigen:

In Schlauroth bei Görlitz ist durch Beförderung ein Eisenbahninspektor überflüssig geworden, während in Sorau durch Todesfall eine solche Stelle neu zu besetzen ist. Anstatt nun nach dem Prinzip der Sparsamkeit zu verfahren und den überflüssigen Beamten von Schlauroth nach Sorau zu versetzen, nimmt man eine große kostspielige Schiebung vor, indem man den Inspektor von Schlauroth nach Mittelwalde, den von Mittelwalde nach Lauban und den von Lauban nach Sorau versetzt. Die Umzugskosten sind also anstatt nur an einen Beamten, nun an drei Beamte zu zahlen. Durch die Wohnungsnotlage ist es natürlich den verschiedenen Beamten zunächst unmöglich, in ihrem neuen Dienstort eine Wohnung zu erhalten. Sie können also ihren Umzug noch nicht bewerkstelligen und sind aus diesen Gründen an ihren neuen Dienstort kommandiert worden. Das bedeutet also wieder eine Mehrausgabe an Kommandobehörden in Höhe von 35 Mark täglich an drei Beamte. Es wäre wohl hier am Platze, daß die zuständigen Stellen gegen eine derartige Unvernunft einschreiten. Ein triftiger Grund, diese Schiebung vorzunehmen, liegt im dienstlichen Interesse keinesfalls vor, da die drei genannten Stationen solche 1. Klasse sind, und wohl für jede die gleiche Qualifikation des betreffenden Beamten verlangt werden muß.

Das Märchen, daß nur die republikanische Regierung an den Defiziten der Eisenbahnverwaltung Schuld trage, muß endlich aus der Welt geschafft werden.

* Der große und kleine Saal des Gewerkschaftshauses ist an einigen Sonntagen und Sonntagen im Mai, Juni und Juli noch zu vergeben.

* Sowjetrußland und die Hungergebiete werden am Sonntag, den 22. April, abends 8 Uhr, im Zentralballsaal gezeigt. Der Reinertrag ist für die Hungernden in Rußland bestimmt. (Siehe Anzeige.)

* Amtlicher Wetterbericht. Im Süden der abziehenden südlichen Depression bleibt das Wetter bei zum Teil lebhafteren nördlichen Winde unfreundlich und neigt zu Regen- oder Schneeschauern.

* Warnung vor einem Wohnungsschwindler. Ein früherer Angestellter des Wohnungsamtes, der schon seit dem 15. Dezember 1920 ausgeschieden ist, hat in letzter Zeit in größerem Umfang Betrügereien verübt, indem er sich als Angestellter oder Beamter des Wohnungsamtes und Wohnungskommissariats ausgibt und sich unter der Verpiegelung, Wohnung zu verschaffen, größere Geldbeträge von Wohnungsuchenden zahlen läßt. Mehrere wurden Geldbeträge als Bauzuschuß zum Ausbau einer Wohnung gefordert. In keinem Falle handelt es sich dabei um amtliche Vorgänge, sondern um Betrügereien. Das Wohnungsamt und das Wohnungskommissariat nehmen Geldbeträge überhaupt nicht entgegen. Zahlungen für das Kleinwohnungsamt sind ausschließlich an die Stadtkasse zu leisten. Kein Beamter oder Angestellter ist berechtigt, Beträge unmittelbar in Empfang zu nehmen und den Empfang zu bescheinigen. Die Verdienste werden hiermit vor dem Schwindler gewarnt und ersucht, sämtliche Fälle der Oberstaatsanwaltschaft anzuzeigen, wo das Strafverfahren gegen den früheren Angestellten bereits besteht.

Kunstgemeinschaft „Der Anfang“.

Hermann Gaupp vom Landestheater Gotha liest am Freitag, den 21. April, abends 8 Uhr, (im Heim, Neue Taschenstraße 20, Gb. III.) auf besonderen Wunsch Georg Büchners Dramenfragment „Woyzeck“ und eigene Dichtungen. Graphit von Georg Ehrlich-Wien und Gemälde von Georg Nerlich-Breslau. Wir laden dazu ein — auch Nichtmitglieder — mit dem Bemerkung, daß dies der vorläufig letzte Vortragsabend von Herrn Gaupp sein wird, der bereits mehrmals im „Anfang“ gelesen hat (u. a. eigene Dichtungen, Chinesische Kriegsschrift, Salender, Meibner).

Am Karfreitag las Herrmann Gaupp Strindbergs „Traumspiel“. Bei der immer tiefer schöpfenden und niemals trampfhaften Art der Darstellung hinterließ das Werk, das so unerhörtlich das Antlitz der Wirklichkeit entleert wie es erfüllt ist von einer brennenden Sehnsucht nach letzter Hilfsbereitschaft für die Menschen, den nachhaltigsten Eindruck. Herrmann Gaupp zeigte sich wieder als der ganz starke Ränder und Vermittler aus dem Bereich jener Dichtung, zu der sich eine Generation bekennen muß, die, keiner Schwere des Daseins fremd oder sich entziehend, bemüht und leidenschaftlich dem Leben selber, hier und heute, dienen will und eben dadurch auf Ueberwindung hoffen darf.

Konzert des Männergesangsvereins „Freiheit“.

Der M.G.V. „Freiheit“, Mitglied des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes, veranstaltete am Karfreitag im Gewerkschaftshaus ein gutes Konzert unter der freudigen Leitung von Dr. Georg Jensch. Daß auf dem Programm außer Jesters, Otto, Jüngst, auch Mozart, Beethoven, vermerkt waren, beweist das ernste Streben unserer Arbeiterschaft auch auf dem Gebiete der Kunst. Der gut gekulte Chor bot mit der Wiedergabe der Lieder den Zuhörern einen Genuß und erntete reichen Beifall. Ganz besonders gefiel Jesters spähiges Liedchen von Meister und Gejell, das infolge des starken Beifalls wiederholt wurde.

Als Solistin wirkte die Sopranistin Mimi Frank mit. Die Dame verfügt über gutes Stimmmaterial; die Stimme klingt auch in den Höhenlagen sehr angenehm; nur liegt die Gefahr vor, daß die Künstlerin sich zu reich verausgabt, wenn sie gleich anfangs zu hoch vorgeht. Durch den großen Beifall, den sich Frau Frank errang, bewies sie, daß sie auch in der Auswahl der Lieder — Schubert, Brahms, Hindbach — den Geschmack des Publikums getroffen hatte.

Der starke Beifall des Konzerts zeugt von der Beliebtheit des Arbeiter-Sängerbundes und von dem wachsenden Bedürfnis auch der Arbeiterschaft nach einem guten Konzert, ohne Bierisch und Zigarre.

Musik und Musik.

In den Veranstaltungen des Bildungsausschusses war im letzten Winter viel gute Musik zu hören, und wie gern sie gehört wurde, zeigen die tiefen Besucherzahlen der Konzerte. Kein Klagen in dem großen Saal des Gewerkschaftshauses blieb unbeachtet. So sollte man eigentlich annehmen, die Menschen müßten wissen, was Musik ist; aber die meisten, die am Mittwochabend bei Professor Otto Lummer waren, werden gestehen, daß sie es vorher nicht wußten. Das ganze Publikum war in eine Follerkammer verwandelt, in der die reizenden Klänge entstellend und zerstückelt wurden, und schließlich mußten sie sogar an der Leinwand tanzen, um sich dem Auge ebenso wie dem Ohr zu entziehen. Das war natürlich nicht nur sehr lehrreich, sondern auch recht unterhaltend, und der volle Saal war ganz begeistert, von dem Vortragenden sowohl, wie von seinen Experimenten. Zuletzt gab es dann noch wirkliche Musik zu hören. Proben von alten und modernen Meistern, die von Frau Mimi Frank (Gesang)

und den Herren Hennig (Violine) und Pollat (Klavier) geboten wurden. Dabei können wir uns allerdings die Ansicht von Professor Lummer nicht voll zu eigen machen, der die klassische Musik so über alles liebt, und an den Disharmonien der modernen Meister starken Anstoß nimmt. Freilich, die alte Musik ist süß und köstlich, aber wenn daneben herb und gelassen, ein modernes Werk tritt, kann man es ebenso mit gutem Kunstgeschmack genießen. Man muß nur in Rechnung stellen, daß von den alten Meistern lediglich das Beste bis auf unsere Tage erhalten blieb, während uns aus der Gegenwart das volle Durcheinander von mehr oder weniger Wertvollem entgegentritt.

* **Gesunden im Gewerkschaftshaus eine Damenuhr.** Abzuholen am Buffet.

* **Straßensperrung.** Der Finkenweg zwischen Grüneicher Weg und Dörnerdamm wird wegen Einbaus einer Achselschleife der Städtischen Straßenbahn im Grüneicher Wege vom 19. April ab auf die Dauer von 14 Tagen für Fuhrwerk und Reiter gesperrt.

* **Unterbringung einer Schreibmaschine.** Seit dem 15. Februar ist eine „Mercedes“-Schreibmaschine Nr. 68267, von einer Dienststelle Ober-Schlesiens untergebracht und verlegt oder verkauft worden. Der Pfandbesitzer oder Ankaufser wird aufgefordert, sich im Zimmer 49 des Polizei-Präsidiums zu melden.

Konzerte — Theater — Vergnügungen.

Stadttheater. Donnerstag, 7 1/2 Uhr. „Die lustigen Weiber von Windsor“ mit den Damen Dornwald, Holzer, Keiler und den Herren Hauschild, Hohberg, Rudow, Taubert, Wilhelm, Wilmitsky. Musikalische Leitung Dr. Fritz Müller-Prem, Spielleitung Dr. Georg Pauli. Freitag, 7 1/2 Uhr. „Die tolle Stadt“.

Bereinigtes Theater. Im Roberttheater wird am Donnerstag Sardous Lustspiel „Madame Sans gêne“ wiederholt, und am Freitag findet die letzte Vorstellung von „Rosenmontag“ (für Serie G der Kunstgemeinde sowohl wie für Nichtmitglieder) statt. Sonnabend gelangt Kurtes fünfaktiges Schauspiel „Kette“ zur ersten Aufführung. Die Rolle des Königs spielt Paul Barnack, den Kapitanleutnant Kette Friedrich. Wilh. Kaiser, den Kronprinzen Max Schliebner, die Königin Magdalena Stoff, die Prinzessin Wilhelmine Martha Schild.

Im Thalia-Theater Donnerstag und Sonnabend die Spielerkomödie „Pater“. Freitag „Der Raub der Sabinerinnen“. **Kampfe im Zeltlager.** Donnerstag ist ein ganz besonderes Programm zusammengestellt. Es treffen sich im Entscheidung-Ringkampf um die Siegesprämie von 300 Mark Jaago gegen Richter. Kurt-Breslau hat Petrowitsch als Gegner. Sension des Abends ist das Aufkommen der beiden Kampfhähne Karisch gegen Gerigkoff.

Gingefandi.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir diejenigen Zuschriften aus unserer Leserschaft, für die wir nur die prägnanteste Zusammenfassung übernehmen. Die Redaktion.

Hauspajda.

Wir Mieter des Hauses Herzogstraße 16 werden von unserem Hauswirt, Herrn Eduard Oswald und dessen Frau, „ständig“ auf die denkbar unangenehmste Art und Weise belästigt. Fast tagtäglich werden von den Wirtsleuten ganz grundlos Rärmereien von Jauno gebröckelt, in denen wir Mieter nicht anders als „verfluchte Säue“... elendes Gefindel, Lumpenpack, gemeine Bande, rote Brut, verfluchte Ketter“ usw. von den Wirtsleuten (hauptsächlich von der Wirtin) genannt werden. Diese Rärmereien werden besonders in den Vormittagsstunden, wenn wir Männer

an der Arbeit oder im Dienst und die Frauen allein zu Hause sind, abgehalten. Kürzlich ist die Wirtin sogar mit der Hundepfote auf einige Frauen losgegangen und hat sie angebrüllt: „Ihr verfluchten... ich hau Euch mit der Ochsenhufe in die...“ Dies ist jedenfalls die „Heimatsprache“ unserer Wirtin. Auch der Wirt spricht dieselbe „geläufig“. Wir sind alles ruhige, laubere, anständige Mieter, welche sich niemals an die „feinen Manieren“ unserer Wirtsleute gewöhnen werden und welche ihren Verpflichtungen, dem Wirt gegenüber, voll und ganz, sogar teilweise über das gesetzliche Maß hinaus, pünktlich nachkommen. Das bedauerlichste dabei ist, daß wir Mieter gegen dieses jeglichem Anstand höhnisch-Benehmen unserer Wirtsleute „nichts“ tun können, denn dieselben sind so schlau, oder auch von ihrem Rechtsbeistand so gut beraten, daß sie bei den oben erwähnten Ständalen niemals, oder nur selten persönlich werden, und werden sie wirklich einmal persönlich, so richten sie es gewiß so ein, daß die betroffene Frau „keinen Zeugen“ hat. Für derartige Fälle müßte auch das Mietereingangsamt zuständig sein, welches derartige „prachtvolle Blüten“ des Hausbesitzes einfach als „verwaltungsunfähig“ unter Kuratel stellen müßte. Wenn auch die Veröffentlichung dieser Zeilen jedenfalls an den Mißständen im Hause Herzogstraße 16 nichts ändern wird, so haben wir Mieter doch wenigstens die Genehmigung, daß die Breslauer Bürger wissen, wo der netteste Hauswirt wohnt. (3 Unterschriften.)

Bereinstalender.

Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Wähler usw. Sonntag, den 23. April, vormittags 10 Uhr, im Kaiserhof, Westergasse 10, Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1921 und 1. Quartal 1922. 2. Jahresbericht. 3. Neuwahl der Ortsverwaltung. 4. Verschiedenes.

Achtung, Arbeiter-Angler! Alle diejenigen, die auf eine Karte in Weidenhof oder Neukirch reflektieren, wollen sich Freitag, den 21. d. Mts., abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus-Restaurant einfinden. Außerdem findet die Ausgabe der Angellkarten für Liegeplätzen und Schleusekammern statt. Der Vorstand.

Arbeiter-Sängerbund. Bezirk Breslau. Sonnabend, den 22. April, abends 7 Uhr, im Zimmer 7/8 des Gewerkschaftshauses, Generalversammlung. Jeder Verein entsendet auf 10 Mitglieder einen Vertreter. Die Bezirksleitung.

Achtung, Bauhilfsarbeiter! Sonntag, den 23. April, vormittags 10 Uhr, findet im Restaurant „Zum goldenen Schwan“, Kupferstraße 52, die Quartalsversammlung der Begrüßungskasse der Bauhilfsarbeiter statt. Vollständiges Erscheinen ist Pflicht. Der Vorstand. J. A. Weich.

Deutscher Eisenbahnerverband. Sonntag, den 23. April, vormittags 9 1/2 Uhr, findet in den Zentral-Ballsälen, Westendstraße 50/52, Mitgliederversammlung statt. Näheres siehe heutiges Interim.

Jungmänner. Heute Donnerstag, den 20. April, 1/8 Uhr abends, im Gewerkschaftshaus, wichtige Vorstandssitzung. Pünktliches Erscheinen aller Vorstandsmitglieder ist Pflicht. Der Vorsitzende.

Formaminol-Tabletten vernichten die Bakterien in Mund und Rachen und gewähren Schutz vor Ansteckung

Achtung! Streif der Friseurgehilfen!

Zu den am 18. April genannten geregelten Betrieben kommen hinzu:

Tillner, Sadowastraße, Kober, Hauptbahnhof,	Schöllhammer, Gartenstraße, Laborne, Zwingerstraße.	Kirste & Kriste, Zwingerstraße, Schumann, Schweidnitzer Straße.	Homann, Garten- u. Dhlauer Straße.
Franz, Sadowastraße, Stempel, Bohrauer Straße, Schölzel, Lehndamm.	Streifbrecher arbeiten außer bei den am 18. April Genannten noch bei: Joretzky, Wollfeistraße, Tiepold, Heine-Strasse, Schilschka, Mühlhuserstraße.	May, Großengasse, Gebrecht, Taschenstraße, Bartsch, Gartenstraße, Anderßenstraße, Mokros, Lauengienstraße,	Rohdeutscher, Gartenstraße, Walter, Leuthenstraße.

Wir bitten, alle diese Geschäfte besonders zu meiden. — Bei Steller, Lachmann, Weissenburgerstraße, ist der **Die Streifleitung.** Bsploß aufgehoben.

Familiennachrichten

Am 18. April verschied nach langem, schweren Leiden unser Kollege, der **Vorschlosser Hermann Mehr** im Alter von 43 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm **Die Belegschaft der Firma G. Treienberg.** Beerdigung: Freitag, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle in Gräbchen aus.

Am 18. April, nachm. 1 1/2 Uhr, verstarb unser Freund und Verbandskollege, der **Vorschlosser Hermann Mehr** im Alter von 43 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm **Die Mitglieder der Ortsverwaltung Breslau.** Beerdigung: Freitag, den 21. April, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Friedhofes in Gräbchen.

Am 18. April, vorm. 10 Uhr, verstarb an Lungenschlag meine innigstgeliebte Frau, unsere Mutter, Tochter, Schwiegertochter, Schwester und Schwägerin **Frau Auguste Schander** geb. Reichelt im blühenden Alter von 29 Jahren. Dies zeigen schmerz erfüllt an **Wilhelm Schander** nebst Kindern und Angehörigen. Beerdigung: Freitag, nachm. 3 Uhr, von Trauerhaus, Klebenstraße, Schwidnitzer Str. 27.

Am 18. April verschied die Frau unseres Mitgliedes **Schander der Freiwilligen Starbasse Auguste Schander** im Alter von 29 Jahren. Ehre ihrem Andenken! **Die Mitglieder der Freiwilligen Starbasse der Zuckerfabrik Rothend.** Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhaus in Klebenstraße aus statt.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband. Am Mittwoch, den 19. April, verschied plötzlich und unerwartet unser langjähriges Mitglied, der **Zigarrenmacher August Meisterknecht** im 66. Lebensjahre. Sein Andenken werden stets in Ehren halten **Die Mitglieder der Zigarrenmacher Breslau.** Beerdigung: Samstag, den 22. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle St. Paulus in Cosel, Trauerhaus: Berliner Straße 99. Dist.-Bez. 1271

Am 19. April verschied plötzlich unser Mitglied, der **Zigarrenmacher August Meisterknecht** im Alter von 67 Jahren 6 Monaten. Ehre seinem Andenken! **Der Sozialdemokratische Verein Breslau.** Beerdigung: Sonnabend, den 22. April, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle St. Paulus in Cosel, Trauerhaus: Berliner Straße 99. Dist.-Bez. 7.

Am 17. April verstarb unser langjähriger Verbandskollege, der **Maschinenarbeiter Hermann Grunert** im Alter von 29 Jahren. Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren **Die Mitglieder der Verbandsstelle Breslau.** Beerdigung: Freitag, 21. April, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Salzdorfer-Friedhofes.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands — Zahlstelle Deutsch-Billa — **Sonntag, d. 23. April, nachm. 4 Uhr,** bei Engwich in Schmiedefeld: **Wichtige Bezirks-Versammlung für den Bezirk Schmiedefeld** (umfassend die Ortschaften Schmiedefeld, Marias-Weiden, A.L. Hochberg, A.L. Sandau, Cosel u. Pilsnitz) Tagesordnung: 1. Neuwahl der Bezirksleitung und eines Kassierers 2. Berichtsbereit. 1298 Alle in Frage kommenden Mitglieder werden ersucht, pünktlich und vollständig in der Versammlung zu erscheinen. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. **Die Ortsverwaltung, J. A. Maruffe.**

Ströbel. **Mittwoch, 26. April, abds. 7 1/2 Uhr:** **Öffentliche Volksversammlung im Saal des Deutschen Hauses in Ströbel.** Referent: Abgeordnete Genossin **Ansoerg-Friede Ansoerg.** 1297 **Sozialdemokratischer Wahlverein Ströbel.** **Justiz-Trip** **Rechtsanwälte**

Bezirks-Komitee Arbeiterhilfe BRESLAU **Sonnabend, den 22. April, abends 8 Uhr,** im Zentral-Ballsaal, Westendstr. 50/52 **Großer Film-Vortrag „Sowjet-Rußland und die Hungergebiete im Film“** (Durch einen Redner erläutert) **Gewaltiger Kulturfilm! Zirka 3000 m lang! Spieldauer 2 Stunden!** **Zum 1. Male in Breslau vorgeführt!** **Der Eintrittspreis beträgt: für Erwachsene 6 M., für Kinder 3 M.** **Jeder, der am Aufbau Rußlands interessiert ist, muß sich diesen belehrenden und sensationellen Film ansehen.** **Das Bezirkshilfskomitee.** **Der Reinertrag wird für die Hungernenden in Rußland verwandt.** **Karten sind im Vorverkauf bei allen Funktionären und im Parteibüro erhältlich.** 1391 **Die Volksschule als Einheitschule** **Von Dr. Max Apel. — 125 Bl. — 20% Zuschlag** **Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes sowie von sämtlichen Kolporteurs entgegengenommen**

Obst- und Süßfrüchte
Sagasser, W. Reußstr. 25

Optiker
Heidrich
Städtetheater gegenüber

Papier- u. Schreibwaren
Conrad, Herm. Ofenerstr. 34

Pelzwaren, Mützen, Herrewaren
Glaser, E. Wuppig 9r. 1

Plandlilien und Golegnahaltkäufe
Bühner, Albert, Wuppig 6

Photographische Ateliers
Fischer & Co. Zschopenerstr. 25

Photograph. Ateliers
Schoeder, E. Wuppig 3

Posamentier-, Weiß- und Wollwaren
Urania, Klosterr. 20

Puppenkäufe
Hannig, Ohlauer Str. 70

Rasierartikel, Rasiermesser
Bretschneider, Kapellenstr. 28

Robbelscherer
Steffen, Hedwig, Solonkestr. 3

Raucherartikel
Wüsting Raucher!

Tabakpreisen
Kauf Sie spottbillig bei **Cedziwoda**

Sausenhandlung
Schindler, Carl, Wuppig 67

Schankwirtschaften
Gehr, Adler, Antonstraße, Ecke

Emil Fage
Lehnstraße 27 - Wuppig 22

Hennig, H. hinter
Friedrich, C. Wuppig 3

Kranienkranz, Sonnenplatz
Wittwech, F. Sonnenplatz 26

Schuhwaren
Herrstadt, Yankstraße 7, II.

Schankwirtschaften
Schirdewan, C. Klosterstr. 104

Schreibmaschinen und Zubehör
Schwarz, E. Grabenstr. 8

Schirme, Stöcke
Heinze, Bertram, Wuppig 6

Schneider-Artikel
Tischauer & Böttner

Schneiderei
Engel, Schwefelstr. 5

Wir sind leistungsstark!!
Central-Schuhhaus

Schuhhaus Gruschka
Reze, Teichstr. 6

Ludwig Herz
Breslau, Silberplatz 4

A. Hielscher
Schulzeinstr. 10

Kaufhaus Nord-West
Rosenthalerstr. 35

Kaufhaus H. Russ
Friedr.-Wilhelmstr. 92

Kaufhaus des Westens
Pommersche Str. 23

Wäsche u. Trikotonen
Kaufh. Berg, Reze Grapenstr. 16

Kaufh. Berg
Reze Grapenstr. 16

E. Friedländer
Rosenthalerstr. 35

Kaufh. Berg
Reze Grapenstr. 16

Schuhwaren
Schuh-Spezialhaus

Schuh-Spezialhaus
Reze Grapenstr. 7

Schuh-Spezialhaus
Reze Grapenstr. 7

Schuh-Spezialhaus
Reze Grapenstr. 7

Schuh-Spezialhaus
Reze Grapenstr. 7

Schuh-Spezialhaus
Reze Grapenstr. 7

Schuh-Spezialhaus
Reze Grapenstr. 7

Schuh-Spezialhaus
Reze Grapenstr. 7

Schuh-Spezialhaus
Reze Grapenstr. 7

Schuh-Spezialhaus
Reze Grapenstr. 7

Schuh-Spezialhaus
Reze Grapenstr. 7

Schuh-Spezialhaus
Reze Grapenstr. 7

Schuh-Spezialhaus
Reze Grapenstr. 7

Ersteinmal monatlich
Fortsetzung des Bezugsquellen-Verzeichnisses

Schuhwarenhaus
"Odertor"
Wolffstr. 3.

Schuhquelle
Reuschstraße 37/38

Seiden
Schäfer, Albert, Wuppig 29

Seifen
Wecker, Seifengefäß

Wäsche u. Trikotonen
Kaufhaus Aisenhaus

Wäsche u. Trikotonen
Kaufhaus Nord-West

Wäsche u. Trikotonen
Kaufhaus H. Russ

Wäsche u. Trikotonen
Kaufhaus des Westens

Wäsche u. Trikotonen
Kaufh. Berg

Wäsche u. Trikotonen
E. Friedländer

Wäsche u. Trikotonen
Kaufh. Berg

Wäsche u. Trikotonen
E. Friedländer

Wäsche u. Trikotonen
Kaufh. Berg

Wäsche u. Trikotonen
E. Friedländer

Wäsche u. Trikotonen
Kaufh. Berg

Wäsche u. Trikotonen
E. Friedländer

Wäsche u. Trikotonen
Kaufh. Berg

Wäsche u. Trikotonen
E. Friedländer

Wäsche u. Trikotonen
Kaufh. Berg

Wäsche u. Trikotonen
E. Friedländer

Wäsche u. Trikotonen
Kaufh. Berg

Wäsche u. Trikotonen
E. Friedländer

Wäsche u. Trikotonen
Kaufh. Berg

Wäsche u. Trikotonen
E. Friedländer

Wäsche u. Trikotonen
Kaufh. Berg

Wäsche u. Trikotonen
E. Friedländer

Wäsche u. Trikotonen
Kaufh. Berg

Wäsche u. Trikotonen
E. Friedländer

Tanz-Lekrinstatute
Tanzschule
Em. Frapp

Wäsche u. Trikotonen
Kaufh. Berg

Wäsche u. Trikotonen
E. Friedländer

Wäsche u. Trikotonen
Kaufh. Berg

Wäsche u. Trikotonen
E. Friedländer

Wäsche u. Trikotonen
Kaufh. Berg

Wäsche u. Trikotonen
E. Friedländer

Wäsche u. Trikotonen
Kaufh. Berg

Wäsche u. Trikotonen
E. Friedländer

Wäsche u. Trikotonen
Kaufh. Berg

Wäsche u. Trikotonen
E. Friedländer

Wäsche u. Trikotonen
Kaufh. Berg

Wäsche u. Trikotonen
E. Friedländer

Wäsche u. Trikotonen
Kaufh. Berg

Wäsche u. Trikotonen
E. Friedländer

Wäsche u. Trikotonen
Kaufh. Berg

Wäsche u. Trikotonen
E. Friedländer

Wäsche u. Trikotonen
Kaufh. Berg

Wäsche u. Trikotonen
E. Friedländer

Wäsche u. Trikotonen
Kaufh. Berg

Wäsche u. Trikotonen
E. Friedländer

Wäsche u. Trikotonen
Kaufh. Berg

Wäsche u. Trikotonen
E. Friedländer

Wäsche u. Trikotonen
Kaufh. Berg

Wäsche u. Trikotonen
E. Friedländer

Wäsche u. Trikotonen
Kaufh. Berg

Wäsche u. Trikotonen
E. Friedländer

Wäsche u. Trikotonen
Kaufh. Berg

Wäsche u. Trikotonen
E. Friedländer

Wäsche u. Trikotonen
Kaufh. Berg

Wäsche u. Trikotonen
E. Friedländer

Wäsche u. Trikotonen
Kaufh. Berg

Wäsche u. Trikotonen
E. Friedländer

Wäsche u. Trikotonen
Kaufh. Berg

Wäsche u. Trikotonen
E. Friedländer

Wäsche u. Trikotonen
Kaufh. Berg

Wäsche u. Trikotonen
E. Friedländer

Wäsche u. Trikotonen
Kaufh. Berg

Wäsche u. Trikotonen
E. Friedländer

Wäsche u. Trikotonen
Kaufh. Berg

Wäsche u. Trikotonen
E. Friedländer

Wäsche u. Trikotonen
Kaufh. Berg

Wäsche u. Trikotonen
E. Friedländer

Wäsche u. Trikotonen
Kaufh. Berg

Wäsche u. Trikotonen
E. Friedländer

Wäsche u. Trikotonen
Kaufh. Berg

Wäsche u. Trikotonen
E. Friedländer

Wäsche u. Trikotonen
Kaufh. Berg

Wäsche u. Trikotonen
E. Friedländer

Wäsche u. Trikotonen
Kaufh. Berg

Wäsche u. Trikotonen
E. Friedländer

Wäsche u. Trikotonen
Kaufh. Berg

Wäsche u. Trikotonen
E. Friedländer

Wäsche u. Trikotonen
Kaufh. Berg

Wäsche u. Trikotonen
E. Friedländer

Wäsche u. Trikotonen
Kaufh. Berg

Wäsche u. Trikotonen
E. Friedländer

Wäsche u. Trikotonen
Kaufh. Berg

Wäsche u. Trikotonen
Kaufh. Berg

Wäsche u. Trikotonen
E. Friedländer

Wäsche u. Trikotonen
Kaufh. Berg

Wäsche u. Trikotonen
E. Friedländer

Wäsche u. Trikotonen
Kaufh. Berg

Wäsche u. Trikotonen
E. Friedländer

Wäsche u. Trikotonen
Kaufh. Berg

Wäsche u. Trikotonen
E. Friedländer

Wäsche u. Trikotonen
Kaufh. Berg

Wäsche u. Trikotonen
E. Friedländer

Wäsche u. Trikotonen
Kaufh. Berg

Wäsche u. Trikotonen
E. Friedländer

Wäsche u. Trikotonen
Kaufh. Berg

Wäsche u. Trikotonen
E. Friedländer

Wäsche u. Trikotonen
Kaufh. Berg

Wäsche u. Trikotonen
E. Friedländer

Wäsche u. Trikotonen
Kaufh. Berg

Wäsche u. Trikotonen
E. Friedländer

Wäsche u. Trikotonen
Kaufh. Berg

Wäsche u. Trikotonen
E. Friedländer

Wäsche u. Trikotonen
Kaufh. Berg

Wäsche u. Trikotonen
E. Friedländer

Wäsche u. Trikotonen
Kaufh. Berg

Wäsche u. Trikotonen
E. Friedländer

Wäsche u. Trikotonen
Kaufh. Berg

Wäsche u. Trikotonen
E. Friedländer

Wäsche u. Trikotonen
Kaufh. Berg

Wäsche u. Trikotonen
E. Friedländer

Wäsche u. Trikotonen
Kaufh. Berg

Zigarren, Zigaretten, Tabake
Erich Tautz

Wöhler, Gsorg
Langenstraße 173

Zöpfe, Haararbeiten
Lehmann, H.

Zahn-Ateliers
Bergdörfer, Paul

Zigarren, Zigaretten, Tabake
Zigarr. Import

Zigarren, Zigaretten, Tabake
Zigarr. Import

Zigarren, Zigaretten, Tabake
Zigarr. Import

Zigarren, Zigaretten, Tabake
Zigarr. Import

Zigarren, Zigaretten, Tabake
Zigarr. Import

Zigarren, Zigaretten, Tabake
Zigarr. Import

Zigarren, Zigaretten, Tabake
Zigarr. Import

Zigarren, Zigaretten, Tabake
Zigarr. Import

Zigarren, Zigaretten, Tabake
Zigarr. Import

Zigarren, Zigaretten, Tabake
Zigarr. Import

Zigarren, Zigaretten, Tabake
Zigarr. Import

Zigarren, Zigaretten, Tabake
Zigarr. Import

Zigarren, Zigaretten, Tabake
Zigarr. Import

Zigarren, Zigaretten, Tabake
Zigarr. Import

Zigarren, Zigaretten, Tabake
Zigarr. Import

Zigarren, Zigaretten, Tabake
Zigarr. Import

Zigarren, Zigaretten, Tabake
Zigarr. Import

Zigarren, Zigaretten, Tabake
Zigarr. Import

Zigarren, Zigaretten, Tabake
Zigarr. Import

Zigarren, Zigaretten, Tabake
Zigarr. Import

Zigarren, Zigaretten, Tabake
Zigarr. Import

Zigarren, Zigaretten, Tabake
Zigarr. Import

Zigarren, Zigaretten, Tabake
Zigarr. Import

Zigarren, Zigaretten, Tabake
Zigarr. Import

Zigarren, Zigaretten, Tabake
Zigarr. Import

Schulwaren, Kolonialwaren
Engel, Mag.

Hilfeshandlungen
Keller, Paul

Hünern
Gastwirtschaften

Hilfeshandlungen
Keller, Paul

Hilfeshandlungen
Keller, Paul

Hilfeshandlungen
Keller, Paul

Hilfeshandlungen
Keller, Paul

Hilfeshandlungen
Keller, Paul

Hilfeshandlungen
Keller, Paul

Hilfeshandlungen
Keller, Paul

Hilfeshandlungen
Keller, Paul

Hilfeshandlungen
Keller, Paul

Hilfeshandlungen
Keller, Paul

Hilfeshandlungen
Keller, Paul

Hilfeshandlungen
Keller, Paul

Hilfeshandlungen
Keller, Paul

Hilfeshandlungen
Keller, Paul

Hilfeshandlungen
Keller, Paul

Hilfeshandlungen
Keller, Paul

Hilfeshandlungen
Keller, Paul

Hilfeshandlungen
Keller, Paul

Hilfeshandlungen
Keller, Paul

Hilfeshandlungen
Keller, Paul

Hilfeshandlungen
Keller, Paul

Hilfeshandlungen
Keller, Paul

Hilfeshandlungen
Keller, Paul

Hilfeshandlungen
Keller, Paul

Hilfeshandlungen
Keller, Paul

Hilfeshandlungen
Keller, Paul

Schuhwaren
Herrstadt, Yankstraße 7, II.

Das Räderwerk
Deutsche Volkswirtschaft

Der wahre Jakob
Möbel

Druckerei Volkswacht
Breslau 2, Furrstraße 4-6

Bitte bei allen Bestellungen...

Bestellungen werden von der Expedition...

Druckerei Volkswacht

Druckerei Volkswacht